

Droht der Berliner Republik das Schicksal der Weimarer Republik?

Vortrag im Rahmen der 68. Bitburger Gespräche

Trier, 16. / 17. 01. 2025

Clintons Klassiker: „It’s the economy, stupid.“ Ist oft so. War auch so. Bezogen auf die Weimarer Republik. Bezogen auf die Berliner Republik und den Vergleich mit Weimar gilt jedoch: „It’s the demography, stupid.“ Doch gemacht, nicht gleich in medias res.

Beliebt und besorgt, doch falsch *war* die Frage: „Ist Bonn Weimar?“ Beliebt und besorgt, doch falsch *ist* die Frage: „Wird Berlin wie Weimar?“, also „Droht der Berliner Republik das Schicksal der Weimarer Republik?“.

Fast ein geflügeltes Wort: „Bonn ist nicht Weimar“, tatsächlich und zuerst ein Buchtitel. Der Autor: *Fritz René Allemann*, Schweizer Journalist und langjähriger Deutschland-Korrespondent von „Die Tat“ und „Die Weltwoche“. Das Buch erschien 1956 bei Kiepenheuer & Witsch in Köln. Zitiert wurde es oft, gekauft und gelesen eher selten, die Neuausgabe erschien im Jahre 2000 in Frankfurt beim Kleinst-Verlag R.G. Fischer. Ergo der kulturökonomische Befund: Ein Volk des Buches, des Sachbuches waren „die“ Deutschen schon damals nicht. Man redete mehr als man las. Nur damals?

Wir wissen inzwischen mit Gewissheit: Bis zu ihrem Ende *war* die Bonner Republik nicht wie die Weimarer. Im Gegenteil. Bonn war eine res publica triumphans, Weimar eine Tragödie. Warum? Weil, communis opinio, ihre jeweiligen Koalitionen mangels Demokraten instabil waren. Seitdem und nachdem die wirklich lupenrein demokratische „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und DDP zerbröselte war, landeten alle ihre Nachfolger auf der Rutschbahn und von dort im Abgrund: Weltkrieg und Holocaust. So viel Prognose sei gewagt: Dieser Abgrund droht der Berliner Republik nicht, denn, zum Glück, ist sie politisch, wirtschaftlich und militärisch so stark international verflochten wie es Weimar und die damalige Staatenwelt nie waren. Selbst eine Wiedergeburt Hitler-Deutschlands von 1933 bis 1938, geschweige denn seit 1939, ist nicht denkbar. Und weil nicht denkbar, auch nicht machbar. Gott und der Westlichen Welt sei Dank.

Koalitionäre Stabilität kennzeichnete die Bonner und bis vor kurzem auch die Berliner Republik. Tempi Passati. Siehe Thüringen, Sachsen, Brandenburg. Und bald im Bund? „Wie damals“ in der Weimarer Republik fressen sich Akteure des rechten und linken Randes, AfD und BSW, in die Mitte. Selbst die Einbeziehung der zahmen Ramelow-Linken reicht zumindest in jenen drei Bundesländern nicht, um auf die BSW-Führerin-Partei bei der Mehrheitsbeschaffung verzichten zu können. Also doch, und zwar vollkommen unabhängig von der Demografie, die Monotonie der extrem rechten und linken Ideologie: in der Tendenz antidemokratisch, intolerant und antiwestlich.

Der Tragödie von Weimar sowie der ethischen und allgemeinen Katastrophe des „Dritten Reiches“ folgte das Glück der Bonner Republik. Ob Berlin im Bund trotzdem Weimar *wird*, ist offen, doch die Krisenzeichen an der Wand sind unübersehbar. Nicht nur personelle, situationelle oder konjunkturelle, sondern massive strukturelle Krisen. Krisen, Plural, nicht Singular, und nicht nur gefühlt, sondern empirisch belegt. Es folge die Analyse bzw. Diagnose und, daraus abgeleitet, Prognose und

* Für wertvolle Anregungen danke ich den Politikwissenschaftlern *Dirk Rumberg* und *Peter Siebenmorgen*.

Therapie. Tacheles, ist gefragt. Unser Augenmerk gelte vor allem *Strukturen*, denn Personen, Aktionen und Konjunkturen bzw. Zyklen kommen und gehen, Strukturen bleiben lange. Umgekehrt dauert es ebenfalls lange, bis neue Strukturen nach dem Zusammenbruch alter Strukturen entstehen. Zur Gewichtung national deutscher Strukturen ist der Blick auf kontinentale und globale unverzichtbar. Selbstbetrügerisch kosmopolitischen Ansprüchen zum Trotz sind hierzulande Analysen von Wissenschaft, Politik und Medien zu oft germanozentrisch.

„Wie damals Weimar“, als Frage oder Aussage, suggeriert historisch emotional und rational verständlich, immer Apokalypse. Ich halte dagegen. Analytisch unzureichend ist es, die Weimarer Republik auf ihren Anfang oder ihr Ende zu reduzieren; auf ihre chaotischen Anfangsjahre und/oder ihr durch Blindheit, Brutalität, Bosheit, Dummheit, Dünkel, Teutonentum, Unmenschlichkeit oder nur menschliche Schwäche bedingtes Ende.

Von den kulturellen, wissenschaftlichen oder sozialen Höchstleistungen der Weimarer Ära können wir, unsere Kinder und Enkel als Bürger der Berliner Republik nur träumen. Ohne einen Hauch von Germanochauvinismus kann man sagen: Weimar-Deutschland war kulturell Weltspitze. Ebenso wissenschaftlich. Sozialpolitisch ebenfalls. Wo sonst gab oder gibt es sozial, kulturell, psychologisch und gesundheitspolitisch – noch heute und morgen – so vorbildlich konzipierte Siedlungen wie die großen Wohnanlagen der Weimarer Reformarchitekten, Stadtplaner und Stadtverantwortlichen? Man lese den Artikel „Mehr Frankfurt wagen“ im Feuilleton der F.A.Z. vom 7. August 2024 oder „Andere Zeiten, gleiche Nöte“, um nostalgisch zu schwelgen. „Die damaligen Herausforderungen und Lösungen sind auch einhundert Jahre später erstaunlich aktuell“, schrieb *Günter Murr*, ebenfalls in der F.A.Z., am 5. Oktober 2024. Mit der sprichwörtlichen Bescheidenheit eines deutschen Professors und Unternehmers erwähne ich in diesem Zusammenhang die nicht zuletzt von meinem Großvater *Karl Wolffsohn* Mitte der 1920er mitkonzipierte, mitrealisierte, mitfinanzierte sowie später gekaufte und verwaltete, 1939 dann „arisierte“, und von 1949 bis 1962 von ihm und meinem Vater zurückerkämpfte Berliner Wohnanlage Gartenstadt Atlantic. Ich habe sie im Jahre 2000 geerbt und mit meiner Frau im Geist der Weimarer modernisiert. Unsere Berliner Zeitgenossen stehen Schlange, um in diesem neualten Weimar-Schatzkästlein wohnen zu können. Nein, nicht: „Seh´n se, da is´ Berlin“, sondern: „Sehen Sie, das ist der Geist von Weimar“.

Womit wir scheinbar unversehens die Republik von Weimar und Berlin verbunden haben, denn die Gartenstadt Atlantic war und ist, wie so vieles, nicht nur an der Frankfurter und Berliner Reformarchitektur der 1920er ein Gemeinschaftswerk von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen. Das galt ebenso für das deutsche Theater. *Max Reinhardt*, Jude aus Österreich, prägte es mindestens ebenso wie *Gustaf Gründgens*, der später zum NS-Wegschauer und Mitläufer mutierte. Muss ich die zahlreichen deutschjüdischen Wissenschaftler nennen, die Weimar-Deutschland zur Wissenschaftsweltmacht verhalfen?

Solange der Geist von Weimar zugleich deutsch und jüdisch war, hatte Deutschland die historisch einmalige Chance, „im Glanze dieses Glückes“ aufzublühen. Doch schon zur Weimarer Spätzeit bewirkten die zahlreichen und starken Gegenkräfte das Gleiche wie Eisregen bei Pflanzen zur Blütezeit. Das sechsmillionenfache Ende der Blüten brachte dann die „Endlösung“.

Für sie sowie für jenen Weimarer Eisregen lange vor, während und nach Weimar gibt es einen Begriff: Antisemitismus. Ich habe mir sagen lassen, dass es auch in der Berliner Republik Antisemitismus gäbe.

Wie zu Weimarer Zeiten ist Antisemitismus kein national deutsches Monopol. Auch damals gab es eine Antisemiten-Internationale, und wie heute ist sie ideologisch nicht nur eindimensional rechts-extrem, sondern, wie seit jeher, mehrdimensional, also auch linksextrem, einfach links, islamistisch, teils traditionell islamisch, teils christlich, teils akademisch gebildet, teils ungebildet, teils rechtsbürgerlich, teils linksbürgerlich, teils nadelstreifig und so weiter und so weiter.

Wahrlich waren und sind nicht alle Deutschen Antisemiten, doch die antisemitischen Deutschen von damals haben aktiv und passiv Deutschland geschadet, ja, nahezu vernichtet: Zuvor jedoch haben sie das jüdische Volk und andere Völker nahezu vernichtet. Dann wurden sie selbst und ihre unschuldigen, in den Abgrund mitgerissenen „Volksgenossen“ nahezu vernichtet.

Anders und ähnlich heute in der Berliner Republik. Ohne jüdische, israelische Drohnen und Raketenabwehr, selbst ohne israelische Hilfe bei der Terror-Verhinderung wären Bundeswehr, BND und Bundespolizei noch wehrloser als sie es ohnehin sind und auf absehbare Zeit wohl bleiben werden, zumal ein Großteil der deutschen Bürger meint, dass nur Reaktionäre oder Dummköpfe in Organen der inneren und äußeren Sicherheit dienen. Diese Bürger sind natürlich Bürger Deutschlands, doch keine wirklichen Citoyens, also Bürger, die sich mit Wort UND Tat für ihr Gemeinwesen einsetzen.

Und „die Moral von der Geschichte“? Jenseits seiner Unmoral ist der Antisemitismus letztlich auch für den Antisemiten dysfunktional bis gefährlich, denn: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber.“ Die Antisemiten der Weimarer Republik grüßen die Antisemiten der Berliner Republik.

Der dritte Grundansatz gilt den *außenpolitischen Rahmenbedingungen* von Weimar und Berlin. Keine Frage, weil eingebettet in und geschützt von der westlichen Allianz, allen voran den USA, ist der außenpolitische Rahmen der Berliner Republik nahezu ideal. Ideal, weil die vermeintliche Erbfeindschaft zu Frankreich längst überwunden und Deutschland von Freunden umgeben ist. Gefahr droht – seit dem 24. Februar 2022 für fast jedermann und jederfrau erkennbar – aus Russland und, bereits länger, aus dem Iran mit seinen (noch) nicht atomar bestückten ballistischen Raketen. Ironie der Geschichte: Diese iranischen Raketen kann das berlinische Deutschland bislang weitgehend nur mit Hilfe Israels abwehren; also mit Hilfe der Juden, deren Vorfahren Deutsche „nach Weimar“ millionenfach ermordet hatten oder von kollaborierenden europäischen Partnern ermorden ließen. Banalität des Zufalls oder transzendente Gerechtigkeit? Andere mögen die Frage beantworten.

Die Reichswehr Weimars war winzig und schwach, weil sie nach Versailles nicht stärker sein durfte. Illegal verstärkt wurde sie durch die „Schwarze Reichswehr“, also die Zusammenarbeit der erzreaktionären deutschen Offiziere mit der Roten Armee der Bolschewiken. Die Bonner Bundeswehr war, anders als *Hitlers* Reichswehr, gewollt und glücklicherweise, keine militärische Weltmacht, aber wenigstens wehrfähig. Die Berlinische Bundeswehr wurde nahezu auf Reichswehrgröße verkleinert. Damit gewann man innenpolitische Beliebtheit, und sparte zudem viel Geld für Personal und Material. Beides bezahlten bislang die US-Amerikaner. Zweimal platze ihnen der Kragen: Bei der Wahl *Trumps* 2016 und nun 2024. Nicht wegen Bonn-und-Berlin-Deutschland wurde *Donald Trump* gewählt, aber eben auch. *Trump* ist auch die Quittung für westeuropäischen und besonders deutschen Antiamerikanismus. Er personifiziert die Wut der Amerikaner darüber, dass sie materiell und personell für Deutschlands und Europas Sicherheit zahlten, ihnen Geschäfte entgingen, während Deutschland Geschäfte machte und Amerika ins Schienbein trat. „Nein Danke“, sagt Amerika auch in Zukunft. Wie sicher ist der Schutzschirm der NATO in Zukunft? Wie stark der Westen auf Dauer? Wie stabil wird also der außenpolitische Rahmen sein, von dem ich eben sprach – und der heute ein Garant dafür ist, dass Berlin eben nicht Weimar wird?

Bis auf AfD und BSW sowie Teile der Links-SPD und der Grünen – bundesweit also mehr als ein Drittel der deutschen Wähler – scheinen die politisch Verantwortlichen erkannt zu haben, dass Antiamerikanismus eine Dummheit ist. Ein Drittel aller Wähler – im Osten mehr als die Hälfte – kann manches aus den Angeln heben.

Ähnlich undankbar und selbstmörderisch verhielt sich auch Weimar-Deutschland. Die Faktenskizze dazu: 1924 Dawes-Plan. Das Ende der deutschen Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg und Anfang der „Goldenen 20er“. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 war eine globale Katastrophe, keine bilaterale, Armut Tatsache und heute einstweilen nur Schreckgespenst. Heute wie damals hat Antikapitalismus Konjunktur, wobei Kapitalismus, USA und Juden als ein „Paket“ betrachtet wurden und werden. Fruchtbarer Weimar-Boden für die Hitleristen. Nicht Amerika erklärte Deutschland 1941 den Krieg, sondern umgekehrt *Hitler* den USA. Trotzdem und danach rettete das siegreiche Amerika den deutschen Westen. 1948/49 Luftbrücke Berlin. 1948-1952 Marshallplan, 1955 NATO-, sprich US-Schutz bis heute, 1989/90 globaler Motor der Wiedervereinigung. Die *Trumps* kommen und gehen, aber die deutsche Wehrlosigkeit bleibt – einstweilen. „Weiter so“ Berlin? Nein, einen Krieg Deutschland-USA wird es nicht geben, aber der Antiamerikanismus der

Berliner Republik ist Sprengstoff. Nicht nur AfD und Wagenknechts BSW füllen das antiamerikanische Vorratslager. Wieder Kälber – Metzger.... oder „den Ast absägen, auf dem...“.

Weimar - Berlin – *Sowjetunion*, heute *Russland*. Deutsch-russische Kumpanei, gar politische Liebelei trotz zweier Weltkriege gegeneinander, hat Tradition. Bei der Niederschlagung der polnischen Aufstände von 1830/31 sowie 1863 gegen die russische Teilungsmacht half Preußen dem Zarenreich. Den demokratisch-deutschen Grundstein der Kooperation mit der kommunistischen Sowjetunion legte der sozial orientierte deutschjüdische Kapitalist *Walther Rathenau* im Rapallo-Vertrag vom Juni 1922. Mehr als nur ein bisschen Rapallo praktizierte zwischen 1925 und 1933 ausgerechnet die erzreaktionäre Reichswehr, als Schwarze Reichswehr, mit der Roten Armee. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt knüpfte *NS-Deutschland-Hitler* vom 23. August 1939 bis zum 22. Juni 1941 an diese antagonistische Kooperation der Weimarer Tradition an. Kriegerische Konfrontation seit *Hitlers* Überfall auf *Stalins* Reich. Entspannende Kooperation, vermischt mit sozialdemokratischer UdSSR-Romantik, seit der Neuen Ostpolitik der SPD/-FDP-Koalition unter *Brandt* und *Scheel* in Bonn-Deutschland. In der Substanz blieb es dabei auch in der Berliner Republik parteienübergreifend in der Ära *Schröder/Merkel/Scholz* bis zu *Putins* Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Seitdem verbreiten nur noch AfD und Wagenknechts BSW Russland-Lyrik. Immerhin, laut Umfragen, über 20 % der deutschen Wähler. Das bedeutet: Knapp 30 % der Berlin-Deutschen fühlen sich, wissentlich oder nicht, der Weimar-Tradition 1925 bis 1933 sowie der NS-Tradition von 1939 bis 1941 verbunden. Bedarf es der Prophetie, um „Kommende Dinge“ (*Walther Rathenau*) vorherzusagen? Die angesichts der Putin-Politik dringend notwendige Stärkung der Bundeswehr innenpolitisch durchzusetzen. Wieder Klartext: Obsiegen die anderen Parteien mit zwei Dritteln der Wählerschaft über AfD und BSW mit ihrem Wählerschaftsviertel?

Diese Frage stellt sich nicht nur bezüglich der künftigen deutschen Russlandpolitik. Meine Prognose: Die Isolierung von AfD und BSW auf Bundesebene, also von rund einem Drittel der deutschen Wählerschaft, wird nicht aufrechtzuerhalten sein. Prognose? Realität! Siehe, bezogen auf BSW, Thüringen und Brandenburg auf Landesebene sowie Union und SPD mit der AfD auf der kommunalen Ebene. Noch ist es die Eingewöhnungsphase. Vielleicht ist das sogar der richtige Weg?

Austrocknen oder zähmen, erst auf lokaler und Landesebene, dann im Bund. Das wäre der Weg. Das Austrocknen, Spalten und Zähmen der Linken durch den Gestaltungsalltag ist gelungen. Brandmauern und Isolierung schaffen nur Märtyrer, und diese werden gemocht. Sie haben den rechten und linken Rand gestärkt. Ergo: Dieser Weg ist ein Irrweg. Wer wiederholt auf Irrwegen wandelt, erreicht sein Ziel nie.

In Österreich ist es bezogen auf die FPÖ längst so weit. In fünf Bundesländern ist die FPÖ Koalitionspartner. Mal mit der ÖVP, mal mit der SPÖ und wohl demnächst als Seniorpartner mit der ÖVP auf Bundesebene? Die folgende Betonung ist in diesem Kreis unnötig, doch außerhalb unverzichtbar: Seriöse Analysen und Prognosen hängen nicht vom Wunsch und Willen des Autors ab. Rechte an der Macht. Heute oder bis gestern und wohl auch morgen: In den Niederlanden, Italien, Norwegen, Schweden, Finnland, zuvor auch Dänemark. PIS-Polen, Orban-Ungarn. Kein Wunschtraum, aber auch kein Diktatur-Albtraum, zumal die PIS ihre Macht in Polen demokratisch verlor. Eher als der Berliner droht der Fünften französischen Republik die Machtergreifung von Rechts- oder Linksextremisten. Und *Trump*? Frei und demokratisch gewählt. Noch mehr Personenkult als *Sahra* und Mehrheit, nicht Minderheit. Trost? Nein, aber methodische Gewichtung.

Viel erfreulicher als für Weimar-Deutschland ist für Berlin-Deutschland der Blick auf das übrige *Europa*, trotz der ständigen europapolitischen Hakeleien oder europafugalen Tendenzen.

Der sogenannte *Globale Süden* war zu Weimarer Zeiten mit Ausnahme der Kolonialismus-Nostalgie kein Thema und wenn, dann nur am Rand. Heute und morgen. Die Kooperation mit dem Globalen Süden wurde zu Bonner und wird in Berliner Zeiten von zwei irrigen Axiomen geleitet.

Axiom 1: Das postkoloniale Trauma. Der deutsche Kolonialismus endete glücklicherweise, wenngleich unfreiwillig, nach dem Ersten Weltkrieg. Wiedergutmachung mehr als hundert Jahre danach ist mehr Tagespolitik als Moralpolitik und deshalb unglaubwürdig. Erst recht, wenn, siehe Namibia,

die Wiedergutmachung von 1,1 Mrd. € aus Deutschland nicht an die Nachfahren der Herero- und Nama-Opfer, sondern deren neue Ovambo-Bevormunder fließen.

Axiom 2: Weil die Vorfahren der Menschen im Globalen Süden unter dem unmoralischen Kolonialismus des weißen Mannes hatten leiden müssen, präsentieren die politischen Vertreter des jetzigen Globalen Südens die institutionalisierte Moral der heutigen Staatenwelt. Angesichts der Realität eine Absurdität. Sie führt in der Migrationspolitik dazu, dass man besten Gewissens auch Wirtschaftsflüchtlingen nahezu bedenkenlos politisches Asyl gewährt. Axiom 2 wird die migrationsbedingte bevölkerungspolitische Polarisierung in Berlin-Deutschland weiter wachsen lassen. Die Migration aus der postkolonialen Süd-Welt ist mit der Religion des Islam im Süden und inzwischen bei uns eng verflochten. Vorhersehbar sind innergesellschaftliche Zuspitzungen in Berlin-Deutschland.

So ganz nachkolonialistisch ist die Welt wahrlich nicht: Russland und China sind nach wie vor großkolonialistisch, Britannien, Frankreich, die Niederlande und die Türkei kleinkolonialistisch, wenngleich dieses Faktum begrifflich meistens als „Überseegebiet“ zuckerwattiert wird. Bemerkenswert: Weder aus wirtschaftlichen noch politischen Gründen verlassen Einwohner jener Quasi-Kolonien ihre Heimat Richtung Westeuropa. Weimar hatte keine Kolonien, Berlin hat ebenfalls keine, muss jedoch, jenseits aller Moral, ein demografisches Eigeninteresse daran haben, die weitgehend undemokratische, korrupte postkoloniale Welt des Globalen Südens menschlich umzugestalten und nicht pseudomoralisch zu überhöhen. Die herkömmliche Entwicklungshilfe – als „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ begrifflich überzuckert – erwies sich als total unbrauchbar. Selbsten, für diesen Wandel notwendigen, neuen Denkansatz kann ich nicht erkennen, denn: Als „kolonialistisch“ gilt heute allein Israel bei den nationalen sowie globalen akademischen, kulturellen, medialen und teils auch politischen Mehrheiten.

Zu Zeiten *Ludwigs XVI*, im Absolutismus, galt: „L'État c'est moi!“, „Der Staat bin ich!“ Heute, in der Berliner Republik, ist das, dem Grundgesetz sei Dank, anders: „L'État c'est nous, Der Staat sind wir!“ Daraus folgt: Es hängt von uns ab, ob der Berliner Republik das Schicksal der Weimarer Republik droht. Im Bild gesprochen: Wir sitzen nicht als Zuschauer auf der Stadiontribüne, jeder von uns ist einer der 22 Fußballspieler.

Beim Vergleich Berlin – Weimar beginne ich mit der *Demografie*. Anders als Zyklen der Ökonomie und Moden der Ideologie erlaubt die Demografie der alt-einheimischen Bürger, ergänzt um die Demografie der migrationsbedingten Neubürger, zuverlässige Prognosen bereits ohne Vorhersagen über künftige, politisch und ökonomisch bedingte Migrationen.

Die gegenwärtige und noch mehr die künftige Demografie der Berliner Republik ist vollkommen anders als die bevölkerungspolitische Zusammensetzung der Weimarer Republik. Deren Gesellschaft war ethnisch, kulturell und religiös zwar ebenfalls nicht homogen, doch wesentlich homogener als die inzwischen „bunte“, heterogene Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Knapp 30 % der heutigen Deutschen haben (neudeutsch) „Migrationshintergrund“. Zu Beginn der Weimarer Republik waren es knapp 2 % und 1933 nicht einmal 1,5 %.¹ Sie waren jedoch keine deutschen Staatsbürger, sondern in Deutschland lebende Ausländer.

Daraus folgt: „Wer sagt ´die Deutschen´ sind, denken, fühlen, sagen, machen“ unterstellt, dass die Deutschen immergleich waren, sind und bleiben; eben wie die Deutschen der Berliner Republik wie die Weimarer Republik. Das ist schlicht sowohl biologischer, chronologischer und inhaltlicher als auch und besonders demografisch-geografischer Unsinn. Neudeutsche Staatsbürger aus, sagen wir, islamischen Staaten wie der Türkei, Syrien, dem Irak oder Afghanistan, sind entweder persönlich oder durch ihre Eltern und Großeltern vollkommen anders sozialisiert als die Deutschen der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und auch der Frühen Bundesrepublik bis ca. 1961, bis also die erste „Gastarbeitergeneration“ eintraf. So viel zum qualitativen Aspekt. Den quantitativen habe ich bereits erwähnt.

¹ <https://archiv.nationalatlas.de/?p=1825> (zuletzt abgerufen am 2.12.2024).

Besonders bedeutsam ist der demografisch-geografisch-religiöse Aspekt. In der Weimarer Republik musste man Muslime mit der Lupe suchen, heute leben in Deutschland rund 5,5 Millionen Muslime, manche Staatsbürger, manche Einwohner. Bezogen auf das politisch-aktivistische Mobilisierungspotential ist diese Unterscheidung zweitrangig, denn: Wenn „die“ Muslime eines Tages gewaltsam, gar pogromartig, verfolgt würden, vom deutschen Staat – unwahrscheinlich bis ausgeschlossen – oder – nicht unwahrscheinlich – oder noch mehr als bisher von Rechtsextremisten, so kann man unschwer vorhersagen: Deutsche Muslime und Muslime in Deutschland würden sich mit Gegengewalt wehren. Islamisch- oder islamistisch-staatliche und nichtstaatliche Unterstützung keineswegs ausgeschlossen.

Anders als nach der Weimarer Republik im „Dritten Reich“ die rund 500 000 deutschen Juden 1933 oder die bis 1939 verbliebenen 250 000 deutschen und dann sechs Millionen europäischen Juden, werden sich die deutschen Muslime nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen.

Das ist ein Aspekt. Ein zweiter: Längst sind Deutschland und Westeuropa Nebenschauplätze nächstlicher Konflikte, besonders des islamisch-israelisch-jüdischen. Stichwort: Islamistischer Terror, basierend auf islamischer Tradition seit dem Koran. Siehe Sure 8, Vers 60. Die verbreitetste Übersetzung spricht von „Abschreckung“ der Ungläubigen. Der Saarbrücker Orientalist *Gerd Puin* hält das für eine Überzuckerung. Die richtige Übersetzung laute „Terror“ gegen die Ungläubigen.² Dieser Terror trifft und betrifft keineswegs nur die jüdischen Deutschen. Nur ein Beispiel von vielen: Berlin, Breitscheidplatz, 19. Dezember 2016.

Was folgt daraus? Weil wir alle die Berliner Republik sind, müssen WIR ein erheblich besseres Integrations- bzw. Befriedungs- und Befriedigungsprogramm für Muslime in Deutschland entwickeln. Befriedung ja, aber kein Appeasement, verstanden als Selbstaufgabe, also ohne das westliche Wertefundament aufzugeben? Das bedeutet konkret: Recht und Gesetz müssen mehr als gedrucktes Papier sein. Exekutive und Judikative sind über die Legislative gefordert. Und diese bestimmen wir, das Volk. Berlins Rechtsrahmen scheint fester als der Weimarer, doch offenbar nicht fest genug.

Ein Patentrezept empfehlen Herr und Frau Jedermann dabei jederzeit jedem: Mehr Bildung! Gewiss, Bildung ist nicht nur unverzichtbar, doch leider ist mehr Bildung keine Garantie für mehr Menschlichkeit. Ich darf – ohne das deutschprofessorale Nest zu beschmutzen – daran erinnern, dass die deutschen Hochschullehrer nach dem 5. März 1933 an der vordersten Front der „Märzgefallenen“ standen.

Wenn ich mir anschau, wie ein Großteil der vermeintlichen geistigen Elite Deutschlands, Hochschullehrer, Studenten, Journalisten, Literaten oder Künstler sich seit dem 7. Oktober 2023 gegenüber Juden verhalten, kann ich keinen Unterschied zum, sagen wir, NS-Studentenbund erkennen. Ihre Worte legitimieren Gewalt. Auch gegen Juden. Die vorgeschobene linke, links-scheinliberale oder islamische Begründung ist anders, Objekt und Ergebnis sind gleich – die Juden, der Feind. Das wiederum führt dazu, wie einst, dass Demonstrieren häufig zu Vandalieren ausartet. Ich lasse mich gerne belehren, wenn diese Analyse empirisch widerlegt würde, weise jedoch darauf hin, dass „demonstrieren“ nichts anderes bedeutet als „etwas zeigen“ und nicht etwas zerstören.

Daraus folgt: Mehr Bildung im Sinne von mehr Wissen, also „Wissensbildung“, ist gut, richtig und wichtig, entscheidend sind jedoch Herzensbildung und Anstand. Für beides ist nicht der Staat zuständig, WIR sind es, jeder Einzelne. Ergänzend kann der Staat durch Recht und Gesetz Normen setzen, und Normen sind nicht nur kopf-, sondern eben auch herzgesteuert. Selbst das reicht noch nicht, denn Rechtssetzung ist nicht automatisch Rechtsdurchsetzung. Hier sind die Richter gefordert. Ich höre den Aufschrei der Juristen und entgegne: Dass sich die Judikative nur an juristischen Vorgaben orientiere, halte ich für eine schöne Legende.

Die Weimarer Republik war ethnisch nicht bunt, die Berliner Republik ist es. Auch so gesehen kann die Berliner Republik nicht Weimar werden. Das ändert freilich nichts daran, dass, machen wir uns

² Mail *Gerd Puin* an *Michael Wolffsohn*, 5.12.2024.

nichts durch sympathisches Wunschdenken vor, die Buntheit unserer Gesellschaft Sprengstoff bedeutet. Wir wissen: Heute wie damals wollen rechtsextremistische Deutsche ein weißes Deutschland. Hätten diese Gruppen Erfolg, wäre Berlin nicht Weimar 1, aber so etwas wie Weimar 2. Mit der bekannten Folge?

Das „Berliner Deutschland“ ist also, ganz wörtlich, bunt im Sinne von mehrfarbig. Ob man von „Rasse“ spricht oder nicht, das Faktum deutscher Mehrfarbigkeit bleibt. Für manche, zu viele ein Problem. Im Geist des Grundgesetzes der einst Bonner, nun Berliner Republik keines, denn Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Des Menschen, nicht nur des weißen Menschen.

Machen wir uns wieder nichts vor. Nicht nur Rechtsextremisten sind Nichtweißen gegenüber intolerant. Fragen wir uns selbst: Ist unsere (wirklich?) gutbürgerliche Toleranz gegenüber Nichtweißen *ethische Toleranz oder nur Funktionale Toleranz*? Funktionale Toleranz in dem Sinne, dass wir Nichtweiße nur als helotenartige Arbeitskraft, also nur funktional tolerieren und dann, wie in *Schillers* „Fiesco“ sagen: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen“? Das ist negative Funktionale Toleranz. Sie endet unerfreulich wie der Heloten-Aufstand 370 v. Chr. Dieser war der Beginn von Spartas Ende. Es gibt auch positive Funktionale Toleranz. Ihr Motto: „Leben und leben lassen“, ohne dass man notwendigerweise einander liebt. Diese ist erreichbar und, wichtiger, gesetzlich durchsetzbar. Ethische Toleranz ist wünschbar, machbar leider selten. Das scheinen die Gestalter der Berliner Republik nicht zu wissen, wenn sie einen Bundesbeauftragten nach dem anderen für die gute Sache einsetzen. Insgesamt 45, u. a. gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Tierschutz und so weiter. Sympathisch, aber total naiv und nur bürokratisch abgehakt. Ethische Toleranz ist eine Frage der Herzensbildung. Man erreicht sie nicht durch Beauftragte, auch nicht durch Bildung als Wissensakkumulation.

Das alles klingt provokativ oder ketzerisch, ist es aber nicht. Ich übersetze nur das Faktische in Klartext. Konkret: Selbst die rot-grünen Minister schließen z. B. mit schwarzafrikanischen Staaten, wie jüngst mit Kenia, oder südasiatischen Staaten, siehe Indien, Abkommen über den Zuzug von Fachkräften. Im Sport ist die Einbürgerung nichtweißer Menschen längst Alltag. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe rein gar nichts dagegen, aber ich prüfe rational die Bedeutung dieser Praxis. Ich übergieße sie nicht mit Zuckerwasser. Das alles bedeutet: Die quantitativ-ökonomische Facharbeiterlücke solle verkleinert oder, besser, geschlossen werden. Ich frage, ich bewerte nicht: Ist das Moralische oder Funktionale Toleranz?

Womit wir beim Thema Demografie und Wirtschaft wären. Qualität und Kraft jeder Volkswirtschaft, erst recht einer rohstoffarmen, hängt von der Qualität der Wissenschaft des jeweiligen Landes ab und diese wiederum zunächst von der ausreichenden Quantität der Qualität vorschulischer und schulischer Erziehung. Begabungen sind unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion, doch man muss sie hervorholen, also erziehen. Das ist dann doch nicht zuletzt eine Frage bildungsgeografischer und -soziologischer Herkunft. Alt-Einheimische haben dabei naturgemäß zumindest einen zeitlichen Vorsprung. Das bedeutet für Gegenwart und Zukunft der Wissens- und, abgeleitet, wirtschaftspolitischen Strukturen: Der hohe Anteil weniger gut vorgebildeter Migranten- und Flüchtlingskindern an den Schulen senkt auf absehbare Zeit das Qualitätsniveau von Schulen und danach Hochschulen. Im globalen Wettbewerb wissenschaftlicher und, abgeleitet, wirtschaftlicher Innovationen wird Berlin-Deutschland noch weiter zurückfallen.

Und sogar noch weiter, denn das Erstarken fremdenfeindlicher Strömungen und Parteien wie AfD und BSW wird mit Sicherheit keine ausländische Fachkraft nach Deutschland locken.

Den meisten möglicherweise trotzdem nach Deutschland strebenden ausländischen Fachkräften dürfte deutscher und anderer Antisemitismus gleichgültig sein. Doch das verstehen sie sehr wohl: Nicht „nur“ für Juden, sondern für alle Menschen, die als anders wahrgenommen und deshalb, sagen wir, nicht gemocht oder gar angegriffen werden, ist und wird es in Deutschland immer ungemütlicher. Mehr denn je und mehr als derzeit vorhanden benötigt Deutschland gut ausgebildete, loyale und volkswirtschaftlich produktive Staatsbürger und Einwohner. Das waren und sind nicht nur die deutschen Juden. Die Jüdische Weltgeschichte beweist es. Ausgerechnet jetzt, in dieser

demografischen, ökonomischen, kulturellen und politischen Krise schüren Dummköpfe das antijüdische Feuer. Nicht nur in Deutschland. „Though it is madness, there´s method in´t“. Spät-Weimar, Hitler-Berlin, Unser Berlin. Vom selbstverschuldeten Exitus und Exodus seiner Juden von 1933 bis 1945 hat sich Deutschland bis heute nicht erholt und noch weniger – was Wunder? – das Judentum in Deutschland.

Der seit dem 7. Oktober 2023 überkochende Antisemitismus stößt auch Nichtjuden ab, sich in Deutschland niederzulassen und motiviert die wenigen wieder hier lebenden Juden, das Land zu verlassen und vorzugsweise nach Israel regelrecht zu fliehen. In Frankreich ist dieser jüdische Exodus nach Israel bereits seit rund zwanzig Jahren Wirklichkeit. Daraus folgt: Antisemitismus ist auch als Antisraelismus eine selbstverschuldete Dummheit. Damals wie heute und morgen.

Parteien oder das Ganze? Partei – der Begriff ist eindeutig. Pars, partis, Teil. Jede Partei greift immer nur die Wünsche und Sorgen eines oder mehrerer Teile der gesamten Bürgerschaft auf. Insofern ist bereits der Begriff „Volkspartei“, wie etwa „kleiner Riese“ oder „riesiger Zwerg“, ein Widerspruch in sich selbst. „Volk“ umfasst die Gesamtheit, Partei eben nur einen Teil. So gesehen, konsequent be- und gedacht, ist ein *ideologischer Konsens etwa über Moral und Gerechtigkeit* in einer offenen, demokratischen Gesellschaft reine Fiktion, weil unmöglich. Historisch widerspricht diese Fiktion der gedanklichen Wirklichkeit des Parlamentarismus. Sehr wohl möglich, nötig und unverzichtbar ist ein *Regel-Konsens*. Er allein soll, kann und muss *gesellschaftlichen Frieden* schaffen und erhalten. Das Instrument dafür ist die *Verfassung*, bei uns das Grundgesetz, verstanden *als Funktionszusammenhang und Zusammenhalt*. Sie durchzusetzen ist eine Frage von Sein oder Nicht-Sein.

Über sie wachte in der Bonner und wacht in der Berliner Republik das Bundesverfassungsgericht. Weil mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, ist es weitaus erfolgreicher als das Reichsgericht der Weimarer Republik. Gegenwärtig soll das Bundesverfassungsgericht demokratisch noch „wetterfester“ umgestaltet, also vor einer Beteiligung von AfD und BSW geschützt werden. Löblich ist auch mir das Ziel. Doch rechtfertigt es die Mittel? Hand aufs Herz: Ich fürchte, dass man hier demokratiethoretisch und -praktisch Teufel mit Beelzebub austreibt. Warum? Darum: In einer Demokratie ist das Volk der Souverän. Demos bzw. Volk. (Übrigens auch populus, weshalb der negativ besetzte Begriff „Populismus“ inhaltlich mit Demokratie letztlich identisch, also falsch gewählt ist.) Unsere Legislative, Bundestag und Bundesrat, wird vom Volk bestimmt. Dass etwa ein Drittel des Volkes AfD und BSW will, gefällt auch mir nicht. Kann ich aber Demokrat in Theorie und Praxis bleiben, wenn ich Demokratie theoretisch ganz und praktisch nur à la carte betreibe? Ich frage, ohne zu antworten, denn ich befinde mich in einem systemischen Dilemma, keinem moralischen. Dass dieses Dilemma jedoch weitgehend tabuisiert wird, halte ich für kontraproduktiv. Als Demokraten verlieren wir Glaubwürdigkeit und gefährden die Demokratie der Berliner Republik, die wir eigentlich stärken wollen. Wer das Gegenteil tut, macht mehr als etwas falsch.

Den Grundgedanken des Parlamentarismus fasse ich folgendermaßen zusammen: Ich orientiere mich dabei an der britischen Urform, der Magna Charta von 1215; an ihrer Entstehung und späteren Fortentwicklung: Überall und immer bestehen gesellschaftliche Gegensätze. Sie führten und führen oft zum Bürgerkrieg, also zum Gebrauch von Waffen. Meistens ist dieser beidseitig tödlich und somit schädlich. Für die Einzelnen sowie für die Gesamtheit. Das soll verhindert werden. Und zwar so: Statt einander mit *Waffen* zu bekämpfen, bekämpfe man sich mit *Worten*. Nicht mehr auf dem Schlachtfeld oder auf der Straße, sondern in einer Institution. Parlamentarismus ist also der totale Gegensatz zu jeder außerparlamentarischen Opposition auf der Straße. Sowohl der parlamentarische Zusammenbruch als auch durchaus bewaffnete Straßenschlachten führten zu Weimars Ende. So weit ist es in der Berliner Republik nicht.

Noch nicht? Außerparlamentarische Opposition, „APO“, genoss in Bonn-Deutschland, ähnlich in Frankreich (Action Directe), Italien (Rote Brigaden), Japan (Japanische Rote Armee Fraktion), seit den späten 1960er Jahren lange linke Beliebtheit. Dass sie immer friedlich gewesen wäre, kann man nicht behaupten. Relativ schnell mutierten extremistische Demonstranten zu Terroristen wie

die RAF, deren Sympathisanten zahlreich waren. National und global wandeln in der Ära der Berliner Republik islamistische Terroristen auf ihren Spuren; sowohl instrumentell als auch ideologisch – Stichwort Antisemitismus à la Entebbe-Selektion, Juli 1976. Rechtsextremisten sind national und global auch auf Juden, doch in erster Linie auf, sprich: gegen Muslime fokussiert. Nur Illusionisten beschönigen die mittel- und langfristigen Gefahren. Als Begründung meiner eher pessimistischen Vorhersage verweise ich wieder auf den Faktor Demografie. Auch Ideologie, denn in der nationalen, deutschen, sowie der globalen Welt des Islam dominiert Gewalt als zentraler Anschlag.

Statt von APO spricht jedermann heute von „Demo“, „Demonstration“. „APO“ suggeriert eine breite inhaltliche und gesellschaftliche Front – fast so etwas wie „Volksfront“, also Wucht. Weniger wuchtig und breit, eher punktuell dagegen „Demo“. Das Demonstrationsrecht garantiert Artikel 8 Grundgesetz als „Versammlungsfreiheit“. „Demonstrieren“, lateinisch „demonstrare“, heißt wörtlich: zeigen, bezeichnen, darlegen, also ganz und gar Friedliches. Folgerichtig heißt es in Artikel 8 Abs. 1 GG: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“

Ich vergleiche die Norm des Grundgesetzes mit der Wirklichkeit der Berliner Republik. Bereits das politische und mediale, auch polizeiliche Vokabular verdeutlicht die Kluft zwischen Norm und Wirklichkeit. Unterschieden wird nämlich zwischen gewalttätigen und friedlichen Demonstrationen. Total widersinnig. Die Sprachverwirrung ist eine Denkverwirrung, und falsch gedacht führt zu falsch gemacht. Eine unfriedliche Demonstration ist keine Demonstration, sondern eine Gewaltaktion. Ihr muss dem Grundgesetz entsprechend gehandelt werden. Das geschieht zu selten.

Das bedeutet in einer vielfach gespaltenen Gesellschaft wie der unsrigen, in der die traditionellen Parteien – verunglimpft als „Systemparteien“ – immer größer werdende Minderheiten nicht institutionalisieren bzw. integrieren und dadurch pazifizieren können oder wollen: Immer mehr Straßenschlachten, strukturell langfristig wechselseitiger Terror von Rechts- und Linksextremisten sowie erst recht von Islamisten. Klartext: Bürgerkrieg. (Bevor sie mich steinigen, verberge ich mich hinter dem Schutzschild von *Hans Magnus Enzensberger*. Bereits 1993 hatte er in seinem Essay „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ ähnliche Teufel zwischen zwei Buchdeckel geklappt.)³

Nicht allein diese Gewalt-Szenarien schwächen unsere Demokratie. Auch verbaler Grobianismus, fehlender Anstand. Bundesdeutsche Beispiele sind Legion. Ich will sie nicht erwähnen. Warum soll es nicht möglich sein, dem Ziel des politischen Gegners zuzustimmen und dabei gleichzeitig den Weg dorthin vehement abzulehnen? Stattdessen grobes Haudrauf: Weg Mist, also reden wir gar nicht über das Ziel. Denken geht anders. Und falsch gedacht ist nie richtig gemacht.

Das bedeutet: So (richtig oder falsch?) analysiert, könnte die Zukunft der Berliner Republik dem Ende der Weimarer Vergangenheit zumindest ähneln, also Aufstieg und Macht der Nationalsozialisten. Kein Weltkrieg 3.0, kein Holocaust 2.0, doch Nationaler-Bindestrich-Sozialismus. Auf den Bindestrich kommt es an.

Dass das BSW eine Synthese aus Nationalismus und Sozialismus zumindest vorgaukelt, also National-Bindestrich-Sozialismus, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Bei der AfD muss differenziert werden: Nationalismus? Ja, eindeutig. Sozialismus? Eher im Sinne von „Wirtschaften im Interesse des kleinen Mannes“.

Nationalismus plus Sozialismus. Womit wir parteipolitisch bei *Sahra Wagenknechts* BSW sowie der AfD wären. Dieses Muster kennen und fürchten wir aus Weimarer Zeiten: Der linke und der rechte Rand zerquetschen die Mitte. Auf Berlin übertragen: AfD und BSW verhindern Mehrheiten aus CDU/CSU, Grünen, SPD und FDP. Den Anfängen zu wehren, ist bereits zu spät. In Thüringen und Brandenburg regiert das BSW bereits als Juniorpartner. Bald auch woanders, gar im Bund? Prognose eins: Gewiss, wenn das integrierte BSW nicht absorbiert wird. Wie absorbiert? Dazu gleich mehr. Vorher zur AfD.

³ *Enzensberger*, Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt, Suhrkamp 1993.

Meine zweite Prognose: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die AfD in diesem oder jenem Land, gar im Bund, als Juniorpartner mitregiert.

Beide Prognosen gefallen mir nicht. Doch auch für geschichts- und politikwissenschaftliche Analysen gilt das Eherne Gesetz der Medizin: Falsche Diagnose, Therapie unmöglich. Welche Therapie also? Entzahnende Absorption und somit Integration in die Institution Partei oder Koalition.

Warum? Die bisherige, als Therapie verkaufte Brandmauer-Methode hat versagt. Sowohl beim Eindämmen der AfD als auch des BSW. Freilich steht es jedem frei, denselben Fehler mehrfach zu wiederholen. Korrektur? Ausgeschlossen.

Ein Gegenargument ist vorhersehbar. Ähnliches hätte die (wahrlich nicht lupenrein demokratische) DNVP seit dem 30. Januar 1933 ebenfalls versucht: „Einrahmung“ der von *Hitler & Co* durch *Hugenberg* und *Papen*. Wir wissen: Mission failed. Vive la différence, denn: Die NSDAP war in jener Koalition der weitaus stärkere Akteur als DNVP plus *Papen*.

Wie korrigieren? Sich an erfolgreichen Beispielen orientieren. Fehler korrigieren durch Integrieren. Beispiel eins: Die entzahnende Absorption und somit Integration der Alt-Nazis in die Institution Partei plus Parlament durch CDU/CSU, FDP sowie, jawohl, SPD nach 1945. Beispiel zwei: Die entzahnende Absorption und somit Integration der linken APO in die Institution Partei plus Parlament zuerst durch die SPD, dann die Grünen. Beispiel drei: Die entzahnende Absorption und somit Integration sowie schließlich Bedeutungslosigkeit der SED/PDS/Linke durch die Institution Koalition und Parlament.

Zusätzliche Sicherheiten vor einer rechtsextremistischen AfD-Machtergreifung: Erstens, Bundes- und Länder-Polizei haben eben kein „strukturelles Rassismus-Problem“. Zweitens: Anders als die NSDAP mit der Schlagkraft der SA verfügt die AfD über keine Kampftruppe. Drittens sind befreundete NATO-Soldaten in Deutschland stationiert. Garantieren Sie demokratische Sicherheit? Zweifel sind erlaubt, wenn man daran denkt, wie schnell und widerspruchslos Frankreich seine Truppen auf Geheiß der Diktatoren Malis, Nigers oder der Zentralafrikanischen Republik zurückzog.

Wer AfD, BSW, Trumpisten und andere falschgenannte „Populisten“ zugunsten Deutschlands zum Schrumpfen bringen will, müsste ihre populärsten Themen aufgreifen, also die ganz realen Sorgen und Wünsche breiter Bürgerschichten, und von Phrasen in konkrete Politik umsetzen. Wieder mache man sich nichts vor: Die meisten AfD- oder BSW-Wähler wollen weder *Hitler* redivivus noch *Rosa (Luxemburg)* rediviva. Vor allem diese drei Themen treiben nicht nur diese Menschen um: Migration, Wirtschaft, Sicherheit und Gerechtigkeit gegenüber den Bürgern, die heute Sozialleistungen aus der Staatskasse empfangen, weil sie zuvor in die Staatskasse einbezahlt hatten. Die Übernahme aller drei Themen – nicht jedoch die selbstmörderische Außenpolitik von AfD und BSW und auch nicht deren Methoden und Wege – wäre wahrlich kein Nationalsozialismus 2.0. Einen Versuch wert wäre dieser Ansatz, denn, in Anlehnung an das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten: Etwas Besseres als den Tod der Berliner Republik finden wir allemal.

Neben AfD und BSW hat die Berliner Republik, ganz anders als Weimar, ein drittes Integrationsproblem: Die Befriedung und Befriedigung der wachsenden muslimischen Minderheit. In Berlin-Deutschland ebenso wie im heutigen Westeuropa.

Meine auf historischer Empirie basierende Prognose: Über kurz oder lang wird sich eine von Muslimen organisierte und dominierte *Migrationspartei* bilden. Sie könnte, ja, dürfte in Großstadt-Kommunen, Bundesländern sowie auf Bundesebene das koalitionspolitische Zünglein an der Waage werden.

Meine Prognose basiert auf Empirie plus Theorie. Die Theorie: Eine Partei, erst recht eine größere, entsteht, wenn und wo ein Teil der Gesellschaft noch keine Interessenorganisation hat, die dessen politische Interessen ideologisch bündelt, artikuliert und versucht, diese in der Legislative, Exekutive sowie als Organisation, sprich: Partei, in der allgemeinen Öffentlichkeit durch- und umzusetzen. Beispiele: Erst das Elend des Industrieproletariats, dann Sozialismus als Ideologie, dann sozialistische Parteien. Oder: Als Reaktion auf preußisch-protestantische Unterdrückung katholischer

Rheinländer im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts entsteht die Ideologie des politischen Katholizismus, dann die Zentrumsparlei. Oder: Erst sichtbare Umweltzerstörung, dann Grüne Ideologie, dann Grüne Parteien. Jetzt Millionen muslimischer Neubürger. In herkömmlichen Parteien sind Muslime und andere Migranten eher Alibi- oder Vorzeige-Repräsentanten der Migranten. Noch sind die Interessen der migrantischen Basis weder als Ideologie gebündelt und artikuliert noch als Partei organisiert. Abgeleitet aus Empirie und Theorie ist das jedoch nur noch eine Frage der Zeit. Auch in einer Migrantenpartei wird es sowohl verschiedene, rivalisierende Strömungen als auch übergeordnet Verbindendes geben. Sowie vor allem das: Eine noch stärkere Verflechtung deutscher Innenpolitik mit den Geschehnissen in der Islamischen Welt. Nahost-Welt-Innenpolitik in Deutschland. Freilich auch in ganz Westeuropa. Die Auswirkungen auf unsere Energie-, Wirtschafts- Finanz-, Bildungs- und Judenpolitik kann sich jeder leicht denken.

Der Teil-Themen gäbe es noch viele. Ich habe nur diejenigen ausgewählt, die ich für besonders wichtig und gewichtig halte. Bonn war nicht Weimar, und Berlin ist nicht Weimar. Bonn-Deutschland war und hatte es besser als Berlin-Deutschland. Und Berlin-Deutschland hat es, wie „der Westen“ insgesamt, selbstverschuldet schlechter als zuvor.

Leider nicht so klug wie mein deutschjüdischer Vorfahre *Heinrich Heine* und nicht mit den Mitteln seiner Poesie, sondern mit Methoden der Geschichts- und Politikwissenschaft komme ich, erweitert um die Westliche Welt, zum gleichen Schluss wie der Dichter: „Denk ich an Deutschland...“ Sie haben verstanden... Vielen Dank.